

11
16**DIE LINKE**

Fraktion im Dresdner Stadtrat



November 2016

Wohnen in Dresden muss bezahlbar bleiben

von Caren Lay

Beim sozialen Wohnungsbau herrscht in Sachsen seit Jahren Stillstand. Der Trend der Vorjahre setzt sich fort. Wie eine schriftliche Frage von mir an die Bundesregierung zu Tage förderte, wurde auch 2015 im Freistaat keine einzige Sozialwohnung gefördert. Das sächsische Innenministerium gibt inzwischen zu, dass es zwischen 2000 und 2015 schlicht keine Notwendigkeit sah, in den sozialen Wohnungsbau zu investieren. Doch gerade Dresden ist das beste Argument dafür, endlich einen Neustart im sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau zu starten. Zwischen 2009 und 2014 um ganze 34 Prozent. Damit ist Dresden nicht nur trauriger Spitzenreiter in Sachsen beim Thema Mietenexplosion, sondern kann auch mit vielen westdeutschen Städten locker „mithalten.“

Sicher: In Dresden haben wir noch kein Mietniveau wie in Hamburg, München Berlin, aber wir sind auf dem besten Weg dahin. Und es sollte nicht vergessen werden, dass auch mal Berlin für bezahlbares Wohnen bekannt war. Das kann auch in Dresden schnell kippen.

Die Folgen sind bekannt: Wer sich das Leben in der Innenstadt nicht mehr leisten kann, wird an den Stadtrand verdrängt. Im schlimmsten Fall droht sogar die Obdachlosigkeit. Fast 1000 Zwangsräumungen gab es im vergangenen Jahr in Dresden. Damit fand jede fünfte Zwangsräumung in Sachsen in der Landeshauptstadt statt.

Was an sozialem Wohnungsbestand im gesamten Freistaat noch da ist, verschwindet zusehends. 2013 waren nur noch 7.000 von einstmalig über 200.000 Sozialwohnungen übrig. Wie viele es mittlerweile sind, kann oder möchte mir die Bundesregierung nicht mehr beantworten. Vieles spricht jedoch dafür, dass die Abwärtsspirale weiter geht.

Auf der anderen Seite ist Sachsen ganz vorn dabei, wenn es um den Abriss geht. Im Rahmen des euphemistisch betitelten Bundesförderprogramms „Stadtumbau Ost“ wurden allein in Sachsen zwischen 2012 und 2014 fast 14.000 Wohnungen abgerissen. Damit liegt Sachsen an der Spitze aller ostdeutschen Bundesländer.

Der Bund stellt jedes Jahr Geld für den sozialen Wohnungsbau bereit. Allein Sachsen bekam über die Jahre jährlich



Foto: Petra Discherl / pixelio.de

60 Millionen Euro von der Bundesregierung, um Sozialwohnungen zu bauen. Aber: Das Geld wurde anders investiert.

Schlusslicht im Neubau, Meister im Abriss. So lässt sich die Wohnungspolitik im Freistaat auf den Punkt bringen. Der SPD-Innenexperte Albrecht Pallas betont zudem, man wolle nicht die gesamten Mittel, die der Bund für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellt, auch dafür ausgeben. Es gäbe ja immerhin noch andere Probleme. Eine skandalöse Aussage, wie ich finde.

Denn schon jetzt gibt die Landesregierung das Geld, was sie für den sozialen Wohnungsbau bekommt, lieber für die Eigenheimförderung aus. 2014 ließ sie fast 25 Millionen Euro komplett verfallen. Bis heute gibt es kein Förderprogramm, mit dem in Dresden auch nur eine Sozialwohnung gefördert wurde. Ich hoffe, dass die angekündigte Richtlinie nun endlich kommt, fast alle Bundesländer waren da besser.

Für Dresden sieht die Landesregierung ca. 20 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau vor. Klingt viel, wird aber nur für ein paar hundert Wohnungen reichen und damit den Verlust kaum ausgleichen. In Dresden hat man aber verstanden und verlässt sich nicht auf die Landesregierung. Die Mehrheit aus LINKEN, SPD, Grünen und Piraten setzten wieder verstärkt auf den sozialen Wohnungsbau. Eine neue städtische Wohnungsbaugesellschaft soll gegründet werden, noch in diesem Jahr 800 neue und bis 2025 insgesamt 8.000 neue bezahlbare Wohnungen entstehen.

*MdB Caren Lay
ist stellvertretende
Fraktionsvorsitzende
und Sprecherin für
Mieten-, Bau- und
Wohnungspolitik
von DIE LINKE. Im
Bundestag*



KOMMENTAR



von André Schollbach

Oft wird der rot-grün-roten Rathauskooperation vorgeworfen, bei Bauprojekten, insbesondere im Wohnungsbau zu sehr auf die Bremse zu treten.

Mehr Wohnungen zu fordern und dann bei Projekten wie Hafencity und Marina Garden einen Gang zurückzuschalten — das widerspreche sich doch, meinen da eifrige Kommentatoren. Dabei ist diese Haltung nur eines: konsequent. Denn: Für Luxuswohnungen braucht es keine rot-grün-rote Stadtratsmehrheit. Und wenn diese entgegen aller Vernunft im Hochwassergebiet hochgezogen werden sollen, dann leisten wir Widerstand.

Wir wollen etwas anderes: Wir wollen bezahlbaren Wohnraum überall in der Stadt — Mietwohnraum für untere Einkommenschichten, für Familien, Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Behinderung. Wohnprojekte bedeuten für Investoren unter diesen Bedingungen weniger Profit. Umso mehr ist Dresden gefordert, endlich selbstbewusster gegenüber Investoren und Wohnungsspekulanten aufzutreten, um Mindestanforderungen an sozialer Durchmischung und an Bedarfsgerechtigkeit zu formulieren. Wir können und sollten es uns endlich leisten.

Deshalb haben wir in der letzten Stadtratssitzung den Verkauf eines 7000-m²-Grundstücks am Sachsenplatz abgelehnt, um es für den kommunalen Wohnungsbau zu erhalten. Deshalb pochen wir bei Luxusprojekten wie Hafencity auf den Hochwasserschutz. Und deshalb bauen wir wieder kommunale Wohnungen. Es ist auch das Kräftemessen zwischen privaten Investoren und öffentlicher Hand, zwischen einer Stadtratsmehrheit für öffentlichen, sozialen Wohnungsbau auf der einen Seite und einem neoliberalen Privatisierungsblock auf der anderen Seite des Stadtrats. Wir haben die Herausforderung angenommen, weil wir wissen: die Dresdnerinnen und Dresdner stehen hinter uns.

Mit diesem Newsletter informiert DIE LINKE. Fraktion gleich im Anschluss an die aktuelle Ratsitzung alle Interessenten per Mail über die wichtigsten Entscheidungen des Stadtrates: www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter

Neuigkeiten aus dem Dresdner Stadtrat

September 2016

DRUCKSACHE

#9

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat · Rathaus · Dr.-Külz-Ring 19 · Zimmer 1/205 · 01067 Dresden · 0351/488-2822 · linke-fraktion@dresden.de · www.linke-fraktion-dresden.de

Mittendrin bezahlbar. Kommunale Wohnungen

Es gibt noch Platz in unserer Stadt. Nur - wie nutzen wir ihn am besten zum Wohle der Menschen, die hier leben. Dem Stadtrat lag heute eine Vorlage zur Entscheidung vor, in der die Stadtverwaltung ursprünglich den Verkauf eines Grundstücks vorschlug - 7000 m² mitten in der Johannstadt, an der Florian-Geyer-Straße. Es sollte eine Konzeptausschreibung werden - für Mieten mit Sozialbindung, zur Integration Geflüchteter, mit vielen Flächen zur gemeinschaftlichen Nutzung. Für Tilo Wirtz ist das "ein Schritt in die richtige Richtung, der zeigt, dass auch in der Stadtverwaltung ein Umdenken stattfindet".

Und doch: In den Ausschüssen setzte Rot-grün-rot eine grundlegende Änderung durch. Das Grundstück wird nicht verkauft, es wird in die zu gründende kommunale Wohnungsgesellschaft überführt. Auf dem Grundstück sollen städtische Wohnungen entstehen. Der Grund ist ganz einfach, so Tilo Wirtz: "Seit 2014 machen wir uns gegenüber Privatinvestoren für einen Anteil von 15 Prozent Sozialwohnungen in geplanten Wohnungsbauprojekten stark. Ein hartes Ringen. Die Konzeptausschreibung sah sogar 30 Prozent vor. Das kann nur die öffentliche Hand."



Kulturpalast auf dem Weg

Heute beschloss der Stadtrat das Betriebs- und Bespielungskonzept für den Kulturpalast. DIE LINKE hatte vor Kostensteigerungen bei Umbau und Betreuung gewarnt. Und tatsächlich: Die Betriebskosten stiegen in den letzten Jahren und auch in zukünftig um Summen in Millionenhöhe. Gerade deshalb legte die Fraktion DIE LINKE einen Antrag vor, die finanzi-

ellen Spielräume bei der Ausstattung der Philharmonie als Hauptmieter auszuloten und der kommunalen Kulturförderung zur Verfügung zu stellen - also bei den Aufwendungen für ein Großprojekt nicht die übrige Kulturlandschaft zu vergessen. Der Antrag scheiterte heute allerdings. **André Schollbach:** "Wir werden das in den Haushaltverhandlungen nochmal thematisieren."



Wer auf die Internetseiten zum Festakt der Einheitsfeier schaut, reibt sich verwundert die Augen. Da gibt es Unterstützer, Partner und Premiumpartner des Mega-Events. Ein Premiumpartner sind zum Beispiel die Technischen Werke, eine städtische Gesellschaft. Tilo Kießling fragte in der Fragestunde: Was leistet das Unternehmen als Premiumpartner, was bekommt es? Die Antwort des Oberbürgermeisters war dünn, sinngemäß erfüllen sie ihre klassischen kommunalen Aufgaben. Und dann Premium-Partner? Das hat Geschmäcke. Wir warten jetzt auf die entsprechenden Verträge.



Heute ebnete die rot-grün-rote Mehrheit der Kommunalisierung des Heinrich-Schütz-Konservatoriums den Weg. Der Vorteil: ein Eigenbetrieb schafft die Möglichkeit, Angestellte dauerhaft abzusichern, Gebühren sozial gerecht zu gestalten und freie Mitarbeiter vernünftig zu bezahlen. Ein großer Erfolg.



Ein Obelisk in Nickern als Wallfahrtsort für Neonazis? Gedenken dokumentieren, historisch einordnen - das wollen wir. Siehe: nächste Stadtratssitzung.

Vom konservativen Selbstbild Dresdens

Die gegenwärtige Stimmung in der Stadt steht am vorläufigen Ende eines dreihundertjährigen Niederganges

von Tilo Wirtz

Die These ist gewagt und genauso gewagt ist es, in der Öffentlichkeit das Selbstverständnis und den Ruf Dresdens mit einem so dicken Fragezeichen zu versehen. Aber in der Tat spricht einiges dafür, dass die Selbstwertzweifel und die Skepsis gegenüber fast jeder Art von Zukunft und Moderne in der Stadtgesellschaft damit zu tun haben, dass dreihundert Jahre lang die Zukunft nichts Gutes mehr brachte, vielmehr am Ende immer eine neue Etappe des Niederganges und des Bedeutungsverlustes, ja am Ende der Zerstörung stand. Daraus folgt das Bestreben, dass neuer Glanz nur aus der Revitalisierung der Vergangenheit entstehen könne. Lässt sich dies belegen?

Dreihundert Jahre konsequent auf der Verliererseite

Der Zenit der Macht und des Reichtums Sachsens und seiner Hauptstadt Dresden wird allgemein mit Kurfürst Friedrich August I., genannt „der Starke“, identifiziert, nachdem der sächsische Kurfürst 1697 in Personalunion zum König von Polen gekrönt wurde. Sachsen stand in der Reihe der europäischen Großmächte auf Augenhöhe. Der sächsische Hof und die hier in Dresden lustwandelnden Eliten überboten sich in der Zurschaustellung von märchenhaften Reichtümern, Verschwendung und Pomp, während auf der Kehrseite die Untertanen brutal unterdrückt und ausgebeutet wurden. Doch der erfolgreiche Griff nach der polnischen Königskrone war mit dem Verzicht auf die Führung der protestantischen Reichsstände verbunden, eine Rolle, die bezeichnenderweise Brandenburg-Preußen übernahm, da der sächsische Hof zur Erringung der Macht im katholischen Polen zum Katholizismus übertreten musste. Polen wurde finanziell zum Fass ohne Boden. Außerdem blieb der Thron in Polen nicht unumstritten. Wie dem auch sei, im Stadtbild Dresdens zeugen bis heute identitätsstiftend unter anderem der Zwinger, das Taschenbergpalais und das Grüne Gewölbe mit den Preziosen des Hofjuweliers Melchior Dinglinger von der Pracht- und Machtentfaltung jener Epoche, später kamen die Katholische Hofkirche und die Frauenkirche hinzu.

Beginn des Verfalls – Siebenjähriger Krieg

Schon ein Blick auf die Landkarte zeigt, dass Sachsen-Polens Lage nicht unheilvoll war, befand sich doch Sachsen eingezwängt zwischen Brandenburg-Preußen im Norden und Österreich im Süden, während Polen noch zusätzlich die Begehrlichkeiten Russlands und Schwedens weckte. Schon der Sohn Augusts des Starken, der in der beschriebenen Situation unterschiedlicher Interessen mehrerer konkurrierender europäischer Großmächte versuchte, seine Position mit Hilfe der Waffen zu bewahren, verlor im Ergebnis des Siebenjährigen Krieges Polen wieder, während Sachsen von den Brandenburgern besetzt war und für einen erheblichen Teil der Kriegskosten beider Seiten aufzukommen hatte, was zu einer nachhaltigen Verarmung und Verschuldung führte.



Foto: Ulrich Merkel / pixelio.de

Die Zeit der französischen Revolution und der napoleonischen Kriege

Nach dem Siebenjährigen Krieg hatte Sachsen für ein halbes Jahrhundert sein Pulver verschossen und die Kriegsfolgen zu bewältigen. Hielt es sich zunächst aus den Nachwirren der französischen Revolution heraus, wurde es 1806 bei Jena-Auerstädt von den Entwicklungen eingeholt. Im Ergebnis der diesmal gemeinsam mit Preußen verlorenen Schlacht bei Jena geriet Sachsen im Rheinbund in die Abhängigkeit von Frankreich, rechtzeitig um den Zeitpunkt nicht zu verpassen, in dem Napoleon seinerseits zu verlieren begann. Der Höhepunkt der Auseinandersetzungen fand vom Frühjahr bis zum Herbst 1813 in Sachsen statt und kumulierte in der sogenannten Völkerschlacht von Leipzig. Dass die sächsischen Truppen auf dem Schlachtfeld noch die Fronten wechselten und zu den Verbündeten überliefen konnte nicht verhindern, dass Sachsen auf dem Wiener Kongress einmal mehr zur Verhandlungsmasse der europäischen Großmächte wurde. Nur knapp unter Verlust von zwei Dritteln seines Territoriums und eines Drittels seiner Bevölkerung konnte die Fortexistenz des Landes, nun immerhin mit „Geenich“ durchgesetzt werden. Wiederum hatte das Land und damit seine Residenzstadt Dresden an den Kriegsfolgen zu tragen.

Deutsche Einigung – wiederum konsequent auf der Seite der Verlierer

Zielsicher wie die anderthalb Jahrhunderte bisher entschied sich Sachsen 1866 im Preußisch-Österreichischen Krieg zur Parteinahme für den späteren Verlierer Österreich. Das Lavieren zwischen verschiedenen Mächten hatte damit vorläufig ein Ende gefunden, indem Sachsen und damit Dresden in das neue Deutsche Reich unter Führung Berlins eingebunden wurde. Neben dem politischen Geschehen ist das neunzehnte Jahrhundert in Sachsen von einer stürmischen wirtschaftlichen und damit sozialen Entwicklung gekennzeichnet. Neben dem Barock hatte bis 1945 vor

allem die Semperschule das Stadtbild in Dresden geprägt und später der Historismus der Gründerzeit. Charakteristisch für diese Epoche war der Widerspruch zwischen wirtschaftlichem Fortschritt und politischer Rückständigkeit und die Unfähigkeit, die sozialen Frage nachhaltig zu lösen. Am Vorabend des 1. Weltkrieges und damit des Unterganges der Herrschaft der Wettiner nach neunhundert Jahren stand eine Verschuldung Sachsens aus der Übernahme der bankrott gegangenen ursprünglich privatwirtschaftlichen sächsischen Eisenbahn und ein Zensuswahlrecht, welches das Stimmgewicht nach Steueraufkommen wertete und welches Frauen von vornherein von der Wahl ausschloss.

Die erste Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts – von der Unsicherheit in die völlige Zerstörung

Anders als bei der Bewältigung der Kriegsfolgen bisher kam nach 1918 der einmalige Bruch in der staatlichen Kontinuität in Sachsen dazu, nachdem die Herrschaft der Wettiner nach über neunhundert Jahren endete und die Republik ausgerufen wurde. Die Bodenschätze des Erzgebirges, jahrhundertlang Fundament für den Reichtum des Landes und damit Dresdens, gingen zur Neige. Zwar wurde im Dresdner Stadtteil Übigau im 19. Jahrhundert die erste deutsche Dampflokomotive gebaut, allerdings 1926 in Chemnitz schon die letzte in Sachsen, denn nun zeigten sich Strukturschwächen in der sächsischen Wirtschaft, die in ihrer Kleinteiligkeit nicht mehr mit den Ruhrbaronen und der Berliner Konkurrenz mithalten konnte. Inflation und Weltwirtschaftskrise trafen Sachsen und damit immer auch Dresden hart und bereiteten dem Faschismus den Weg, dessen Untergang mit wenigen Wochen Abstand von der fast völligen Zerstörung Dresdens begleitet wurde. 1945 hatte die Entwicklung Dresdens damit ihren Tiefpunkt gefunden.

Die falschen Besatzer

1945 wurde das besiegte und weitgehend zerstörte Deutschland in Besat-

zungszonen aufgeteilt, wobei Sachsen vollständig in den Machtbereich der sozialistischen Sowjetunion geriet. Bereits daraus resultierte die Abwanderung von Menschen und Ressourcen in die Westzonen, woran sich seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zunächst nichts änderte. Exemplarisch für Sachsen ist das aus Leipzig nach Frankfurt/Main abgewanderte Verlagswesen oder die Abwanderung von Audi nach Ingolstadt. Konsequent den Bruch mit der Vergangenheit wagen entschieden die nun die Macht ausübenden Sozialisten, Dresden modern aufzubauen – und brüskierten damit die nach wie vor tonangebenden bürgerlichen Schichten in Dresden.

Vom vermeintlich warmen Nest der Wiedervereinigung in die kalte Luft der Globalisierung

Euphorisch, beispielhaft sind die Bilder vom 23.12.1989 vor der Ruine der Frauenkirche, gingen Dresden und Sachsen in die Wiedervereinigung. Ein viertel Jahrhundert später zeigt sich, dass die Wiederrichtung von baulichen Symbolen vergangener Tage nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass die Stadt Gegenstand von Kapitalinteressen ist, politische Entscheidungen sich engen Rahmenbedingungen und Zielen der europäischen Bürokratie und den Optionen von Förderprogrammen unterwerfen müssen, während die kommunale Eigenständigkeit allenfalls auf dem Papier besteht. Dass ausgerechnet die in ihrer Substanz aus der geschmähten baulichen Leistung des Sozialismus bestehende WObA Hauptziel des Verwertungsinteresses des „verzweifelt anlagesuchenden“ Kapitals ist, entbehrt nicht einer gewissen Ironie.

Es ist Zeit, zu bilanzieren und die Stadt realistisch nach vorne zu denken, als eine unter gleichen, die gelernt hat, dass man gemeinsam mit anderen viel erreichen, gegen andere aber alles verlieren kann.

KOLUMNE

ganz
hinten
links

von Jens Matthis

Dresden ist eine liberale Stadt. Jedenfalls ganz im Allgemeinen.

Liberal kommt von lateinisch „liber“. Und „liber“ heißt zu deutsch „frei“.

Deshalb nennt sich ja in Deutschland die Freie Demokratische Partei auch Die Liberalen. Oder auch umgekehrt.

Zum Beispiel hat Dresden einen liberalen Oberbürgermeister. Der hat sich die Freiheit genommen, als Oberbürgermeister zu vielen Dingen frei seine Meinung zu sagen. Manches war seltsam, manches auch zweifelhaft. Vieles aber auch goldrichtig. So teilte er nach dem Desaster vom 3. Oktober unmissverständlich mit: „Meinungsfreiheit musste für vielerlei herhalten in letzter Zeit, gerade in unserer Stadt. Meinungsfreiheit ist unerlässlich für eine demokratische Gesellschaft. Ohne Meinungsfreiheit gibt es keine Demokratie. Sie funktioniert aber auch nicht ohne einen achtsamen und respektvollen Umgang miteinander, ohne die Achtung der Menschenwürde.“ Das sind klare Worte.

Der gleichen liberalen Partei wie der Oberbürgermeister gehört seit vielen Jahren aber auch ein Stadtrat an, der sich als eifriger Unterstützer und Stichwortgeber von PEGIDA einen Namen gemacht hat, der sich die Freiheit nimmt, im Stadtrat und im Internet kräftig Stimmung zu machen und so ziemlich jede Falschmeldung weiter zu verbreiten. Trauriger Höhepunkt war die Unterstützung für einen obskuren Verein, der sich urplötzlich für DEUTSCHE Obdachlose und Bedürftige interessierte, sonst eigentlich keine FDP-Zielgruppe. Als die Dresdner Tafel die Unterstützung versagte, weil es offensichtlich darum ging, hier Obdachlose und Flüchtlinge gegeneinander auszuspielen, musste sich der Chef der Tafel dafür von diesen Verein Beschimpfungen und Todeswünsche gefallen lassen. Und besagter FDP-Stadtrat widerspricht noch nicht einmal, geschweige denn, dass er andere Konsequenzen ziehen würde. Dresdner Liberalität.

jens.matthis@dielinke-dresden.de

Die Prießnitz für alle

Menschen in ihre Stadtteilentwicklung einzubeziehen, ist eines der Hauptanliegen linker Politik. Jacqueline Muth beschreibt anhand der Prießnitzau in der Dresdner Neustadt, wie frühzeitige Beteiligung der Anwohner_innen gelingen kann.

von Jacqueline Muth

Nachfragen lohnt sich und auch, sich einzubringen bei Themen im eigenen Stadtteil. So stellte ich mir jüngst die Frage, warum eigentlich bei einer angekündigten Maßnahme zum Hochwasserschutz in der Äußeren Neustadt zuerst die frühzeitige Einbindung der Bevölkerung so gar nicht geplant war. Immerhin handelt es sich um einen gravierenden Eingriff in die Umgebung des kleinen Flüsschens Prießnitz und immerhin kennen viele Neustädter_innen diese Prießnitz und dürften sich sehr wundern, wenn da „plötzlich“ Bagger rollen.

So erfuhr ich zunächst, das Vorhaben sei zweimal im Ortsbeirat vorgestellt worden. Und außerdem sei die Maßnahme dringlich, unverhandelbar und auf einem noch sehr frühen Planungsstand. Leider befürchte ich (und weiß es aus eigenem Erleben), dass der Ortsbeirat mitnichten allen Bewohnern eines Stadtteils als öffentliche Sitzung vertraut ist. Das sollte sich ändern! Die Tagesordnung wird im Internet veröffentlicht, die Teilnahme an einer Sitzung kann mitunter unterhaltsam sein. Wer die Tagesordnung kennt, wer vielleicht mit den Ortsbeiräten des eigenen Vertrauens hin und wieder im Gespräch ist, kann die Sitzung sogar für interessant halten und erfährt hier Dinge, die am nächsten Tag erst in der Zeitung stehen (meist im kommunalen Teil) — oder eben gar nicht. Weil sie ja „nur die Bewohner eines einzigen Stadtteils interessieren“.

Wer Fragen hat, kann sich auch aus dem Publikum heraus melden und diese stellen oder auch Stellung beziehen zu gehörten. Natürlich im gesitteten Rahmen. Zur Prießnitz-Umgestaltung jedenfalls vermutete ich mit einiger Sicherheit, dass dieses Thema vielleicht mehr Menschen interessieren könnte als diejenigen, die mehr oder weniger verpflichtet sind, am Ortsbeirat teilzunehmen.

Ich organisierte also einen Themenabend dazu und lud die Projektverantwortliche aus dem Umweltamt als Sachverständige ein. Frau Hornung kam mit dem Abteilungsleiter Herr Seifert,



Die Prießnitz im Dresdner Stadtteil Albertstadt

Foto: wikipedia.org

seinerseits Experte auf dem Gebiet des Hochwasserschutzes. Zusätzlich kamen etwas 25 Gäste, eine ordentliche Anzahl Interessierter. Erste Etappe des Abends war eine Vorortbegehung, die bereits sehr informativ war und viele Rückfragen klären konnte. So erfuhren wir, an welchen Stellen die Ufer der Prießnitz besonders zerstört sind, welche Bäume gesund, welche schon sehr alt sind. In der Diskussionsrunde in der Wir AG wurde dann auch klar, mit welchem Interesse die Gäste kamen. Eine Vertretergruppe der Kleingärtner schilderte ihre Sorgen: ihre Gärten werden womöglich verschwinden müssen, Ersatz werde durch die Stadt gesucht. Falls möglich, wollen sie ihre Gärten behalten, oder zumindest nicht zu weit entfernt „umgesiedelt“ werden.

Einige Hausbesitzer informierten sich interessiert, inwiefern die Maßnahmen ihre Grundstücke betreffen. Einige Vertreter_innen des „Neustadt Art Festival“ wollten gern wissen, inwiefern das alljährliche Kunstevent in Zukunft Einschränkungen oder womöglich neue Möglichkeiten erfährt - ist doch der geplante Abschnitt regelmäßiger Veranstaltungsort.

Einige Anwohner_innen informierten sich ganz allgemein über die Maßnahme — man will ja schließlich auf dem Laufenden bleiben. Ich bin sehr froh und dankbar, die unterschiedlichen Interessengruppen auf diese Weise kennengelernt und gleichzeitig zum Austausch und zur Diskussion beigetragen zu haben. Wer weiß, was im eigenen Kiez stattfindet — nicht nur die Probleme, auch die Möglichkeiten — wird schnell erkennen, wo er oder sie sich einbringen kann und will. Frühzeitige Beteiligung wird so fast automatisch dazu führen, dass Stadtentwicklung unter Einbeziehung der Bevölkerung stattfindet und nicht über deren Köpfe hinweg. Wichtig dabei ist, zu verstehen, dass Einbeziehung zu einem frühen Zeitpunkt zwar die meisten Möglichkeiten bietet zur Einbindung von Ideen und Wünschen. Zugleich sind hier aber auch die Unsicherheiten noch groß: Planungen sind noch abstrakt, Zeitpläne können sich ändern, Auskünfte sind vage. Hier braucht es Umsicht und Verständnis von beiden Seiten: durch die Planenden wie auch die Betroffenen. Wichtig ist in jedem Fall, dass hier Gespräche entstehen, Kontakte geknüpft, Erkenntnisse gewonnen werden. Darauf kommt es an.

Termine im November

Manuela Sägner u. Cornelia Eichner
02.11.2016
16:30 bis 18 Uhr
Rathaus Plauen

Kerstin Wagner
17.11.2016
12 bis 14 Uhr
Wasaplatz

Tilo Wirtz
10.11.2016
16 bis 18 Uhr
Stadtteilladen Sofa 9
Stresemannplatz 9

Tilo Kießling
18.11.2016
15 bis 17 Uhr
Schillerplatz

Pia Barkow u. Maurice Devantier
15.11.2016
15 bis 16:30 Uhr
Elbcenter, Leipziger Str. 121

Impressum
Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. André Schollbach
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeiter an dieser Ausgabe: Thomas Feske, Tilo Wirtz, Jens Matthis, Caren Lay, André Schollbach, Jacqueline Muth
Fotos: pixelio.de, Max Kretzschmar
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare
Vertrieb: Schneller ist besser! Logistik GmbH - Siblog

**Bürger-
sprechstunde
unter freiem
Himmel**

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

Termine im November

www.linke-fraktion-dresden.de